

**Einladung weiterer ehemaliger Zwangsarbeiter
- Entscheidung über das Vorgehen**

Beschluss: (30:1 Stimmen, 3 Enthaltungen)

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt – in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe – weitere ehemalige Zwangsarbeiter der NS-Zeit nach Deutschland einzuladen.**
- 2. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008 sind hierfür Mittel von jeweils 10.000 € bereitzustellen.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Im Jahr 2006 wurden in Zusammenarbeit im der Stadt Karlsruhe ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine eingeladen. Die Zusammenarbeit erfolgte aus organisatorischen und finanziellen Gründen. Aufgrund des hohen Alters sind nur wenige der betroffenen Personen überhaupt noch in der Lage, eine solche Einladung und Reise anzunehmen.

Für die Einladung von zwei Überlebenden und zwei Begleitpersonen im Jahr 2006 sind insgesamt Kosten von ca. 5.000 € angefallen.

Die Stadt Karlsruhe plant für die Jahre 2007 und 2008, weitere ehemalige Zwangsarbeiter aus Russland und Polen einzuladen. Aus diesen Ländern waren ebenfalls Personen in Ettlingen eingesetzt.

Eine weitere Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe ist aus Sicht der Verwaltung wünschenswert, weil dadurch erhebliche Kosten und Aufwendungen für die Organisation und Durchführung der Reise eingespart werden können.

Die Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter leistet einen wichtigen Beitrag zur Aussöhnung zwischen den Völkern und wird daher von vielen Städten regelmäßig organisiert.

Die erforderlichen Mittel von ca. jeweils 15.000 € sind in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 bereitzustellen.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.09.2006 statt. Der Ausschuss empfiehlt vorstehenden Beschluss. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Stadtrat Foss und Stadträtin Dr. Eyselen stimmen der Vorlage für ihre Fraktionen zu.

Stadtrat Lorch stimmt der Vorlage unter Verweis auf den vorliegenden SPD-Antrag zu.

Stadträtin Saebel begrüßt, sich des Themas zu erinnern. Die Art und Weise missfalle ihr allerdings. Den wenigen Kommenden solle medienwirksam Ettlingen gezeigt werden. Den vielen anderen nicht reisefähigen bzw. reisewilligen käme aber nichts zu Gute. Man solle zumindest ein Geldpräsent an alle überweisen, auch an die, die nicht mehr herkommen könnten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen daher den Antrag, dass die für die Einladung von Zwangsarbeitern veranschlagten 10.000 € für die Jahre 2007 und 2008 nicht als Reisekosten für einzelne noch reisefähige und reisewillige ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgegeben werde, sondern aufgeteilt und an alle ausfindig gemachten noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu gleichen Teilen verteilt werde. Sollte der Betrag pro Person zu gering ausfallen, so rege man an, ihn aus dem Fonds für Städtepartnerschaften aufzurunden.

Stadträtin Lumpp informiert darüber, dass die Freien Wähler der Sache kritisch gegenüber stünden. Diese hätten einen ähnlichen Ansatz wie Stadträtin Saebel und schlossen sich spontan an. Der Betrag solle aber über ein Jahr verteilt als eine Art „Rente“ ausbezahlt werden.

Stadtrat Dr. Böhne merkt an, dass die Einladung ein Symbol der Versöhnung sein solle und kein Ausgleich für erlittene Pein. Geld zu schicken sei nicht gut. Er stimme der Vorlage daher zu.

Oberbürgermeisterin Büssemaker wirft ein, dass es sich hier nicht um einen SPD-Antrag handle, da das Quorum fehle. Sie habe die Sache daher sich selbst zu eigen gemacht. Eine Ausgleichs- bzw. Entschädigungsregelung sei bereits in der Bundesregierung unter Führung von Graf Lambsdorff getroffen worden. Damit seien alle Kommunen hieraus frei. Im vorliegenden Falle ginge es nur um eine Geste.

Stadtrat Foss gibt zu bedenken, dass man kein Fass in Richtung Entschädigungsregelung aufmachen dürfe, für die man nicht zuständig sei. Eine Einladung sei daher sinnvoll.

Stadtrat Deckers zeigt sich über die Debatte verwundert. Man könne die damaligen Geschehnisse nicht wieder gut machen. Eine Aufspaltung in Einzelbeträge hätte keinen Symbolwert mehr.

Stadträtin Saebel stellt klar, dass es ihr darum ginge, was die Menschen vor Ort damit anfangen könnten. Es solle auch keine Entschädigung sein.

Stadtrat Lorch ergänzt, dass der Entschädigungsfonds von zehn Milliarden Euro ja bereits transferiert worden sei. Es ginge nur noch um die menschliche Ebene, die nichts mit Parteipolitik zu tun habe.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit 27:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache wird mit 30:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen vorstehender Beschluss gefasst.

- - -